

presente

Bulletin der Christlichen Initiative Romero 1/2022

Honduras
**DAS LAND
HAT EINE NEUE
PRÄSIDENTIN**
(Seite 18)



WENIGER IST SCHWER
**Die Grenzen
des Wachstums**

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

am 24.2.2022 ist das Unvorstellbare passiert: In Europa ist ein Krieg „ausgebrochen“!

Doch wird diese passive Formulierung den grausamen Tatsachen nicht gerecht. Denn dieser Krieg ist nicht „einfach so“ passiert. Er wurde von einem Regime mit einem machthungrigen Despoten an der Spitze gestartet und ist durch nichts zu legitimieren.

Die Geschehnisse der vergangenen Wochen machen uns sprach- und kraftlos. Es fällt schwer, Worte zu finden. Es fällt schwer, den Alltag unverändert weiterzuleben. Das Leben vor dem 24.2.2022 fühlte sich anders an als das heutige. Wir leben in einer anderen Welt mit einem Europa, dem das vermeintlich sichere Fundament entzogen wurde.

Die letzten Arbeiten an dieser *presente* Ausgabe abzuschließen, löst gemischte Gefühle aus. Es ist eine Ausgabe, die sich anlässlich des vor 50 Jahren erschienenen Berichts „Die Grenzen des Wachstums“ an den Club of Rome mit Alternativen zum Kapitalismus und einer gerechte(re)n Welt-(Wirtschaft) auseinandersetzt. Es geht um die Notwendigkeit, dem steten Wachstumszwang, auf dem unsere Wirtschaft fußt, endlich den Rücken zu kehren. Spätestens seit wir von einer Weltkrise zur nächsten taumeln, ist der Mehrheit der Bevölkerung klar, dass es nicht weitergehen kann, wie gehabt.

Wie (lebens)wichtig die öko-soziale Transformation ist, macht die brutale russische Invasion in die Ukraine und ihre weltweiten Folgen auf ungeheuer schmerzhaft Weise deutlich! Putins Einmarsch in die Ukraine zeugt von einer unersättlichen Gier nach „Mehr“, die nicht mal vor Menschenleben Halt macht. Und die weltweiten wirtschaftlichen Folgen sowie die Diskussionen um Sanktionen der internationalen Gemeinschaft offenbaren unsere große Abhängigkeit von fossiler Energie – dem Schmierstoff des globalen Wirtschaftswachstums.

Wir können die fatalen Folgen für Mensch und Natur unseres auf stetige Expansion ausgerichteten Wirtschaftssystems nicht länger hinnehmen. Und wir können und dürfen nicht akzeptieren, dass ein einzelner Mensch Europa in eine Katastrophe führt und unschuldige Menschen tötet.

In beiden Fällen braucht es eine starke Gemeinschaft. In diesen anhaltend turbulenten Krisenzeiten möchten wir unsere Forderungen für einen Wandel, für Demokratie und für Frieden lautstark vertreten und Solidarität zeigen – mit den Opfern der Auswüchse des Kapitalismus ebenso wie mit den unschuldigen Opfern eines brutalen Angriffskrieges!

Wir wünschen Ihnen viel Kraft.

Ihr / Euer CIR-Team

Das Titelfoto von James Rodríguez
(mimundo.org) zeigt, wie sich eine Goldmine in der Dominikanischen Republik immer weiter in die Landschaft frisst und die Natur zerstört und verschmutzt zurücklässt.



THEMA

Grenzen des Wachstums

- 4** EINK, JÄGER, WIMBERGER (CIR)
Ausweg aus dem Wachstumszwang
Ein Gespräch über Sozialismus mit Soziologe Klaus Dörre
- 8** THERESA HASCHKE,
CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
Grünes Licht für sozial-ökologische Transformation?
Ein Kommentar zur Ampelregierung und der Wachstumsfrage



- 10** ÁLVARO CÁLIX
Mittelamerika im Spiegel des grenzenlosen Wachstums
Eine Analyse der Wirtschaftspolitik
- 13** Kapitalismuskritischer Gegenwind aus Lateinamerika
Eine Sammlung des Widerstands

MITTELAMERIKA

- 18** KIRSTEN CLODIUS (CIR)
HONDURAS
„An der Zeit, aufzuräumen“:
Honduras hat eine neue Präsidentin
- 21** ROSALINA TUYUC (CONAVIGUA)
GUATEMALA
„Für uns sind Frieden und Wahrheit lebenswichtig“
- 24** THORSTEN MOLL (CIR)
Weltklimakonferenz
Die Interessen der lokalen Bevölkerung werden ignoriert

KAMPAGNE

- 27** SANDRA DUSCH SILVA (CIR)
Die CIR tritt aus dem Textilbündnis aus

ÜBER UNS

- 30** Neu im Team
31 Bestellschein

Diese presente könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren? Bestellen Sie gerne mit einer Mail (shop@ci-romero.de) oder einem Anruf (0251-674413-0) gratis weitere Exemplare zum Verteilen im Kollegium, der Freizeitgruppe und dem Bekanntenkreis!

Impressum



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0) 251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:
Kirsten Clodius, Sandra Dusch Silva,
Joana Eink (V.i.S.d.P.), Johanna Fincke,
Theresa Haschke, Larissa Jäger,
Merle Kampeter, Thorsten Moll,
Dorothee Mölders, Anne Nibbenhagen,
Maik Pflaum, Christian Wimberger
Lektorat: Annette Spitzmesser, Joana Eink
Druck: Druckservice Roxel, Münster,
März 2022
Layout: Edith Jaspers
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Das System entwurzeln:
Angesichts von Klima-
und Coronakrise wird diese
Forderung europaweit
immer lauter.



Ausweg aus dem Wachstumszwang

1972 erschien der Club of Rome-Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ zur Lage der Menschheit, dessen Prognosen zur Zukunft der Weltwirtschaft globale Aufmerksamkeit erlangten. 50 Jahre später, anlässlich des Jubiläums des damals wie heute kontrovers-diskutierten Berichts, sprechen wir mit Soziologe Prof. Klaus Dörre über die Notwendigkeit eines Wirtschaftswandels.

Welche Bedeutung hat der Bericht an den Club of Rome aus Ihrer Sicht heute noch?

„ Der Bericht war eine Initialzündung für die gesamte Wachstums- und Nachhaltigkeitsdebatte. Mit zwei Schwächen: Erstens, die Vernachlässigung der sozialen Fragen und der Konfliktträchtigkeit des Wandels, der einsetzen muss. Zweitens, und das lag vielleicht weniger an dem Bericht als an der Rezeption, wurde es oft so verstanden, als würde der Bericht die Zukunft vorwegnehmen. Die Methode ist nicht deutlich genug

gemacht worden. Der Bericht beruht auf Computersimulationen, die an Gegenwartstrends ansetzen. Ändert man die Prämissen, verändern sich auch die Szenarien. In der öffentlichen Wahrnehmung bekam der Bericht einen apokalyptischen Unterton, der sich als dysfunktional erwiesen hat. Obwohl die Überlegung im Grundsatz völlig richtig war: Dass nämlich die Menschheit in ihrer sozialen Strukturiertheit über ihre Verhältnisse lebt. Vereinfacht gesagt basiert in gewisser Weise der Wohlstand des Globalen Nordens auf der Armut des Globalen Südes. Das ist die

Grundvoraussetzung dafür gewesen, dass die Nachhaltigkeitsdebatte einsetzte.

In Ihrem neuen Buch führen Sie den Begriff der Zangenkrise ein. Was meinen Sie damit?

„Das, was ich heute als Zangenkrise bezeichne, ist im Grunde schon vom Club of Rome beschrieben worden. Unter den Bedingungen der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise wird das wichtigste Mittel zur Befriedigung sozialer Konflikte im Kapitalismus, nämlich die Erzeugung von Wirtschaftswachstum, unter Status quo-Bedingungen unausweichlich zur Verschärfung ökologischer Krisen führen. Status quo-Bedingungen heißt: Steigende Emissionen, hoher Ressourcenverbrauch, hoher Energieverbrauch auf fossilistischer Basis. Umgekehrt: Bleibt das Wirtschaftswachstum aus, nimmt das soziale Elend zu und genau diese Konstellation haben wir in der Pandemie vor Augen geführt bekommen.

Im Grunde gibt es nur zwei Optionen, um aus der Zangenkrise rauszukommen: Entweder es gelingt, das Wirtschaftswachstum von seinen sozialen und ökologisch desaströsen Folgen abzukoppeln, oder aber Gesellschaften müssen sich vom Wachstumszwang zulasten von Mensch und Natur dauerhaft befreien.

Beides ist bisher noch nicht oder nur in Ansätzen gelungen. Wie kann ein Ausweg aus dem Kapitalismus aussehen, wenn doch das Wirtschaftswachstum so wichtig ist, um Gesellschaften zu befrieden?

„Wenn wir dazu übergehen, die großen Konzerne in Mitarbeitergesellschaften umzuwandeln und gleichzeitig Transformations- und Klimaräten ein Mitspracherecht über die Investitionen gäben. Und ein demokratisches Planungssystem hätten, das klar

machen würde, wofür Ressourcen benötigt werden, z. B. nicht für den Bau von bewaffneten Drohnen oder SUVs (Anmerkung: Sport- und Nutzfahrzeuge). In einer nachhaltigen Wirtschaft wäre das Kapitalverhältnis überwunden. Dann bräuchten wir nicht dauernd zu wachsen. Demokratisch zu klären wäre, wofür die Ressourcen genutzt werden sollen. Darum würde es sicher auch Kämpfe geben.



Der Erdüberlastungstag zeigt an, wann die Menschheit die innerhalb eines Jahres reproduzierbaren, natürlichen Ressourcen unseres Planeten aufgebraucht hat. Zur Veröffentlichung des Club of Rome Berichts im Jahr 1972 lag er noch am 10. Dezember. 2021, knapp 50 Jahre später, hat die Menschheit ihr Budget bereits im Juli aufgebraucht.

Aber man könnte z.B. in Verbindung mit Parlamentswahlen über Planvariante A, B, oder C abstimmen lassen. Gerichte könnten solche Entscheidungen nicht nachträglich in Frage stellen. So würde die Transformation beschleunigt. Es wird ja immer gesagt, Demokratie kostet Zeit. Ja, aber einmal demokratisch getroffene Grundentscheidungen können nicht permanent in Frage gestellt werden. ➤



Sie zeichnen eine sozialistische Vision. Auch in Ihrem Buch verwenden Sie den Begriff Sozialismus offensiv, obwohl er für viele belastet ist. Warum haben Sie sich dennoch dazu entschieden?

„Ich habe auch hin und herüberlegt. Ziel war es, einen Gegenbegriff zu finden zum Expansionsparadoxon: Kapitalismus muss expandieren, um zu existieren, und dabei untergräbt er fortwährend die sozialen Voraussetzungen seiner eigenen Reproduktion.

Es braucht eine Lösung für die Frage, was wir mit den transnationalen Konzernen machen, die das Machtzentrum der Weltwirtschaft darstellen. Da muss ein Bruch her. Und das kann nur heißen, dass kapitalistische Eigentums- und Besitzverhältnisse überwunden werden müssen. Staatsbetriebe wären keine wirkliche Alternative, wohl aber gemeinschaftliche und genossenschaftliche Eigentumsformen, die Schluss machen mit dem Expansionszwang und dem kapitalistischen Besitz. Denn beides steht im Widerspruch zu den Anforderungen, die ein Planet mit begrenzten Ressourcen an uns stellt.

Da ist Sozialismus, und ich spreche bewusst

von einem 'nachhaltigen Sozialismus', immer noch der beste Begriff. Ein Sozialismus, der die eigene Geschichte reflektiert und nicht leugnet. Im Unterschied zum Industriezeitalter kann er heute nur noch definiert werden als Suche nach dem Notausgang aus einer expansiven Dynamik, die uns ins Verderben führt.

Wir beschäftigen uns mit der Ausbeutung von Mensch und Natur in globalen Lieferketten. Was sind die Ursachen dieses ausbeuterischen Systems und wie könnte es geändert werden?

„Die Ursache liegt in dem, was ich als Tönnies-Prinzip der Weltwirtschaft (Anmerkung: nach dem Fleischerhersteller benannt) bezeichne. Es bezieht sich auf die Funktionsweise des finanzierten Kapitalismus. Dieser integriert die Bevölkerung nicht mehr über hohe Sozialstandards und hohe Löhne. Sondern über Tiefstpreise für Massengüter, die zustande kommen durch Prekarisierung und Überausbeutung in transnationalen Wertschöpfungsketten.

Wenn wir Schluss machen mit der Überausbeutung und zu nachhaltiger Produktion

übergehen, würde sich das direkt auf die Preisgestaltung auswirken. Der entscheidende Punkt ist ja: Wer kann sich nachhaltig produzierte Güter leisten? Hier fangen die Gerechtigkeitsprobleme im Kapitalismus an. Schon jetzt ist es so, dass diejenigen mit dem geringsten ökologischen Fußabdruck am stärksten unter der Krise leiden. Während die obersten 10 % der Bevölkerung an Emissionen zugelegt haben, ist Emissionsreduktion in der EU seit 1990 ausschließlich von den kleinen und mittleren Portemonnaies erbracht worden. Wenn man letzteren die Kosten für die sozial-ökologische Transformation aufbürdet, dann explodiert das und es verselbstständigt sich die soziale gegenüber der ökologischen Frage. Das muss vermieden werden und ich glaube nicht, dass das im Kapitalismus machbar ist. Ich denke, dass die Verbindung von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit am besten zu lösen wäre in nachhaltigen sozialistischen Gesellschaften.

Werfen wir einen Blick auf die aktuelle Bundesregierung. Wird soziale und ökologische Nachhaltigkeit bei der Ampelregierung zusammen gedacht?

” Also mit Blick auf die Ampelregierung würde ich sagen, dass Papst Franziskus in der sozialen und in der Wachstumsfrage um Längen radikaler und klarer ist als die Ampel. Ich fürchte, dass mit der FDP die ökologische Konterrevolution in die Regierung eingebaut ist, und zwar so, dass Marktmechanismen und technische Lösungen für den Klimawandel favorisiert werden.

Bei den Sozialdemokraten gibt es erfreuliche Ansätze. Aber die Grundfragen, ob man die gesamte Produktion inklusive der Zulieferketten umstrukturieren muss, ob man der demokratischen Zivilgesellschaft Einfluss auf Investitionsentscheidungen eröffnen muss oder nicht, die kommen nicht vor.

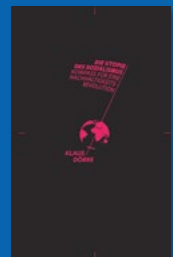
Und dann bleiben die Grünen: Die Grünen haben die soziale Nachhaltigkeit zu lange vernachlässigt und auch zu sehr Marktmechanismen bei der Lösung des Klimawandels favorisiert. Trotzdem sollten wir der Regierung nicht wünschen, dass sie scheitert, sondern müssen angesichts des schrumpfenden Zeitbudgets versuchen, sie zu treiben.

Die Linkspartei wäre für eine nachhaltig ökosozialistische Opposition prädestiniert. Aber sie ist derzeit dazu nicht in der Lage. Es wird also auf neue Allianzen ankommen. Eine Strategie ist das Erzwingen von Reformen von oben durch Initiativen von unten und das ist alles andere als ausweglos: Die Vorstellung, dass es einfach so weitergehen kann, die bröckelt, und zwar rasend, und daraus lässt sich etwas machen; unabhängig davon, wer gerade regiert. ■

Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist Herausgeber des "Global Dialogue" und des "Berliner Journal für Soziologie".

„DIE UTOPIE DES SOZIALISMUS. KOMPASS FÜR EINE NACHHALTIGKEITS-REVOLUTION“

heißt das 260 Seitenstarke Buch von Klaus Dörre, das Ende 2021 im Matthes & Seitz Verlag erschienen ist. Es beschreibt die Notwendigkeit unserer Gesellschaft, das expansive Prinzip des Kapitalismus zu überwinden. Und skizziert einen Ausweg: ein nachhaltiger Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der demokratisch und pluralistisch ist und seine eigene Geschichte reflektiert. **Weitere Infos im Netz: 2020.klaus-doerre.de**





Klimakrise bremsen. Es liegt in euren Händen! Aktion von Campact zur letzten Ampel Sondierung im Oktober 2021

Die Bundesregierung erkennt im Koalitionsvertrag an, dass die Klimakrise unsere Lebensgrundlagen zerstört. Ihre Lösungsstrategie ist der Ausbau erneuerbarer Energien aus Wind, Wasser und Sonne als Rahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft. Das Produktions- und Konsummodell soll aber nicht verändert werden und weiterhin durch Wachstum Wohlstand generieren.

Damit verkennt die Bundesregierung, dass wir uns nicht nur in einer Klimakrise befinden, sondern auch andere planetare Grenzen weit überschreiten und die Welt mit nie dagewesenen globalen und sozialen Ungleichheiten konfrontiert ist. Der Soziologe Klaus Dörre beschreibt die Situation treffend als Zangenkrise: Das Wirtschaftswachstum als wichtigstes Instrument der Befriedung der Gesellschaft wirkt zunehmend natur- und gesellschaftszerstörend (siehe Interview, S. 4). Diese Schäden werden heute vor allem in andere Länder ausgelagert.

Wenn der Rohstoffhunger wächst

Ein gutes Beispiel dafür liefert der Koalitionsvertrag in Sachen Autoindustrie. Hier sollen

Grünes Licht für sozial-ökologische Transformation? Die Ampel und das Wachstum

Die neue Bundesregierung will die Klimakrise durch erneuerbare Energien und technische Lösungen bekämpfen. Der Zwang zum Wirtschaftswachstum soll aber unangetastet bleiben. Damit setzt die Ampel-Koalition auf eine gefährliche Karte und spielt ein Spiel, das schon jetzt zu Lasten der Menschen im Globalen Süden geht.

TEXT: THERESA HASCHKE UND
CHRISTIAN WIMBERGER (BEIDE CIR)

zwar statt Verbrennern E-Autos produziert werden. Diese brauchen aber im Vergleich zum ohnehin hohen Ressourcenbedarf der Verbrenner zusätzliche Rohstoffe wie Lithium, Kupfer und Nickel für ihre Batterien. Das erstmalig im Koalitionsvertrag benannte Ziel der Senkung des Rohstoffverbrauchs durch Kreislaufwirtschaft (z. B. Reparierbarkeit und Recycling) ist positiv. Die Umstellung wird aber Zeit brauchen und den Rohstoffhunger allein nicht stillen. Deshalb soll der Rohstoffabbau im Ausland durch die Außenwirtschaftsförderung gesteigert werden.

Was Bergbau für die Menschen in den betroffenen Regionen oft bedeutet, zeigte Ende vergangenen Jahres ein Konflikt um eine Nickelmine in Guatemala. Als indigene Gemeinden aus Protest gegen die gravierenden Umweltauswirkungen des Abbaus eine Zufahrtsstraße sperrten, verhängte das Militär

den Ausnahmezustand und ließ die Demonstrationen gewaltsam niederschlagen. Die hohe Zahl der im Globalen Süden ermordeten Umweltaktivist*innen lässt erahnen, mit welcher Aggressivität Rohstoffansprüche durchgesetzt werden.

Gemeinwohl statt Profitmaximierung

Der Koalitionsvertrag fußt auf der Annahme, dass Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden können. Digitalisierung, Elektromobilität, Textilindustrie und andere Bereiche des Massenkonsums werden aber den Rohstoffverbrauch enorm steigern, begleitet von hohen CO₂-Emissionen. Die Organisation PowerShift zeigt in einer Studie, dass der Abbau und die Weiterverarbeitung von Metallen schon heute enorme Mengen an CO₂-Emissionen verursachen.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss die Bundesregierung die Energiewende vorantreiben und gleichzeitig den Rohstoffverbrauch drastisch reduzieren. Wir dürfen die Naturzerstörung und das riskante Warten auf technische Lösungen zur Bekämpfung der Klimakrise nicht länger hinnehmen. Was wir brauchen, ist eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber, was wir von der Wirtschaft erwarten und welche Verantwortung die Politik ihr auferlegen soll. Diese Diskussion darf auch vor grundlegenden Veränderungen unseres Produktions- und Konsummodells nicht Halt machen.

Die Produktion von PKWs könnte z.B. durch eine wirkliche Mobilitätswende eingeschränkt werden, die auf öffentlichen Verkehr und das Konzept „Nutzen statt Besitzen“ setzt. Die Wirtschaft darf sich nicht mehr nur am Ziel der Profitmaximierung orientieren. Sie muss sich am Gemeinwohl und an globaler Gerechtigkeit ausrichten, um zukunftsfähig zu sein. ■

Einladung zur CIR-Konferenz für eine Welt-Wirtschaft, in der wir leben wollen

Wann: 28. bis 30.10.2022

Wo: Akademie Franz Hitze Haus, Münster

Eine ambitionierte Klimapolitik im Globalen Norden ist so wichtig wie nie zuvor, hat aber bisher noch ein Gerechtigkeitsproblem. Aktuelle Pläne für Klimaneutralität und grünes Wachstum fußen auf alten Prinzipien: Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Süden und wachsende Ungleichheit im Globalen Norden.

WIR FRAGEN:

- **Wie sieht eine Transformation aus, die sozial-ökologisch und global gerecht ist?**
- **Wie können wir planetare Grenzen einhalten und dabei universale Menschenrechte sowie globale Teilhabe an Wohlstand realisieren?**
- **Wie würde sich das auf unsere Konsummuster, Lebensgewohnheiten und Arbeitsweisen auswirken?**
- **Welche konkreten, praktikablen Kampagnen gibt es, die den Globalen Süden ausreichend würdigen?**

Das möchten wir mit Ihnen diskutieren.

SIE ERWARTET:

- **Kritische Impulsvorträge** zu aktuellen politischen Konzepten der Transformation.
- **Workshops zu Visionen** des Wandels und neuen Strategien einer gerechten Transformation, wie das Konzept der Konsumkorridore oder die Idee eines ökosozialen, wirtschaftlichen und interkulturellen Pakts des Südens.
- **Spannende Diskussionen und Podien** wie z.B. „Weniger ist schwer: Gibt es einen global gerechten Kapitalismus ohne Wachstum?“

Mehr Infos unter: www.ci-romero.de

Die Ausbeutung der Bodenschätze Mittelamerikas ist Teil des kapitalistischen Wachstumsmantras. Hier zu sehen: eine riesige Nickelmine in Guatemala, die seit ihrem Bau 1965 für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden verantwortlich ist.



Mittelamerika im Spiegel des grenzenlosen Wachstums

Was hat eine Wirtschaftspolitik, die auf die Illusion grenzenlosen Wachstums setzt, den Ländern Mittelamerikas gebracht? Der honduranische Sozialwissenschaftler Álvaro Cálix zieht eine düstere Bilanz. In lokalen Widerstandsbewegungen und internationaler Solidarität sieht er aber Wege, Naturzerstörung und soziale Ungleichheit zu überwinden.

TEXT: ÁLVARO CÁLIX, ÜBERSETZUNG: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

Die verschiedenen Entwicklungsmodelle, die in Lateinamerika umgesetzt wurden, unterscheiden sich im Hinblick auf die Rolle des Staates und die Öffnung gegenüber der Weltwirtschaft. Zwei Aspekte jedoch haben sie alle gemeinsam: Sie wollen erstens unbegrenztes Wirtschaftswachstum erzielen und missachten zweitens die Natur, indigenes Wissen sowie die Versorgungs- und Pflegearbeit.

Strukturelle Ungleichheiten in der Weltwirtschaft

Die Ergebnisse der Entwicklungsstrategien in Lateinamerika sind seit jeher dürrig und unbeständig – Mittelamerika bildet da keine Ausnahme. Die Art, wie sich die Länder in den Weltmarkt einfügten, machte sie verwundbar. Die internationale Arbeitsteilung zwang

sie in die Rolle der Rohstofflieferanten und Billiglohnanbieter. Das förderte nicht ihre Entwicklung, sondern führte zu struktureller Abhängigkeit aufgrund der Verschlechterung der Bedingungen des Welthandels.

Seit den 1990er Jahren haben diese Länder es nicht geschafft, in den Produktionsketten aufzusteigen und wirtschaftliche Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Tatsächlich haben sie weder das eine noch das andere erreicht, was auf die Einschränkung des Weltmarkts, aber auch auf die schlechte Nutzung der Spielräume durch die Regierungen zurückzuführen ist. Seit einigen Jahrzehnten leidet Mittelamerika zusätzlich unter ökologischer Zerstörung und den Folgen des Klimawandels. Das bedeutet: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik muss nun auch die Grenzen der Ökosysteme berücksichtigen.

FOTOS: JAMES RODRÍGUEZ MIMUNDO.ORG; ACAFREMIN

Entwicklung auf Kosten der Natur und der Arbeiter*innen

Den Club-of-Rome-Bericht von 1972 über die Grenzen des Wachstums hatten die Eliten in Lateinamerika noch mit dem Argument abgelehnt, er verweigere armen Ländern den Wohlstand der Industrienationen. Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio de Janeiro stattfand, öffnete schließlich die Politik für ökologische Fragen. Allerdings gab der Nachhaltigkeitsdiskurs weiterhin der Wirtschaft den Vorrang vor der Natur.

Auf einzelne Ministerien und Politikbereiche begrenzt wurde die ökologische Frage zu keinem übergreifenden Referenzrahmen für die Entwicklungsstrategie. Im Gegenteil: In den 1990er Jahren wurde der Extraktivismus (Bergbau und Agroindustrie) intensiviert. Da Mittelamerika nicht so viele natürliche Ressourcen hat wie Südamerika, setzten die Länder des Isthmus (Anmerkung: Landenge) zusätzlich auf die Ausbeutung von Arbeitskräften in Freien Exportzonen.

Beide Strategien erwiesen sich als ungeeignet, um die Bevölkerung wirtschaftlich zu beteiligen und würdevolle Arbeitsplätze zu schaffen. Stattdessen führten sie zur Konzentration des Reichtums bei den Eliten und zu schwerwiegenden Umweltfolgen. Es ist das stetige Ziel der Eliten, den Staat zu kontrollieren, um sich Aufträge sowie günstige Steuer- und Arbeitsschutzregulierungen zu sichern. Die transnationalen Konzerne wiederum profitieren von dieser Situation und maximieren ihre Gewinne.

Die Sektoren mit dem größten Wachstum – Rohstoffbranche, Weltmarktfabriken, Telekommunikation und Finanzsektor – stehen kaum in Verbindung mit den Bereichen, in denen der Großteil der Bevölkerung arbeitet. Das führt in El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua zu Armut, Ungleichheit und einem hohen Migrationsdruck. Geradezu pervers ist, dass die Eliten auch dann profitieren, wenn die in die USA ausgewanderten Migrant*innen Geld an die Familie in der Heimat überweisen. Denn es sind die Eliten, die die Finanztransaktionen kontrollieren. ➤



Hier setzte eine Gemeinde ein Zeichen für das Wasser, das Leben und die Würde der Menschen. Ihre Forderung: Bergbauunternehmen raus!



Der Widerstand der Bevölkerung ist eine „Keimzelle für einen anderen Umgang mit der Wirtschaft und dem Territorium“.

Lokaler Widerstand und internationale Solidarität für den Wandel

Das Fazit exakt 200 Jahre nach der Unabhängigkeit muss lauten: Dieses Entwicklungsmodell ist nicht mehr tragbar! Der soziale Ausschluss und die hohen Umweltrisiken erfordern Gegenmaßnahmen. Die Bewegungen für Fortschritt in Mittelamerika müssen sich mit internationalen Initiativen für eine gerechte, wohlhabende und nachhaltige Welt verbünden und der gesellschaftliche Druck auf die Politik muss erheblich erhöht werden.

Bisher sind die Parteien weit davon entfernt, sich für eine sozial-ökologische Transformation einzusetzen. Gleichzeitig bleibt die Zivilgesellschaft fragmentiert. Es müssen die Forderungen der lokalen Organisationen unterstützt werden, die sich der Reichtumsanhäufung durch Enteignungen widersetzen und Alternativen anbieten. Dort findet sich die Keimzelle für einen anderen Umgang mit der Wirtschaft und dem Territorium.

Altes mit Neuem verbinden

Die Wirtschaft muss als ein Untersystem der Gesellschaft und der Ökosysteme verstanden werden. Sie muss sich auf die Befriedigung von Bedürfnissen der Bevölkerung konzentrieren, anstatt auf unkontrollierte Weise Reichtümer anzuhäufen. Mittelamerika kann seinen Kurs noch verändern. Der demographische Wandel in den nächsten 20 bis 30 Jahren ist dafür günstig. Um diese Gelegenheit zu nutzen, muss jetzt in die Bildung der Arbeitskräfte investiert und das Produktionssystem umgestaltet werden – und zwar im Einklang mit der Natur.

Dafür brauchen wir neue Produktions- und Konsumgewohnheiten. Es geht nicht darum, die Vergangenheit zu idealisieren. Vielmehr muss traditionelles und modernes Wissen ins Gleichgewicht gebracht werden. Die Staaten können diese Veränderungen natürlich nicht alleine herbeiführen. Der Globale Süden muss kollektiv auf die internationalen Entscheidungssphären einwirken und die Wirtschaftsbeziehungen auf nachhaltige und gerechte Weise umgestalten.

Álvaro Cáliz ist Autor und politischer Analyst aus Honduras. Er ist auf die politische Analyse der Entwicklung in Latein- und Mittelamerika spezialisiert und war Teil des Projekts „Sozial-ökologische Transformation in Lateinamerika“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Gegen die Ausbeutung der Natur

In Mittelamerika beuten Bergbauunternehmen und Palmölplantagen-Betreiber die Natur rücksichtslos aus. Sie erwirtschaften Profite auf Kosten der Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Aktivist*innen, die Widerstand gegen diese Projekte leisten, werden in vielen Fällen kriminalisiert oder sogar ermordet. Vier CIR-Partnerorganisationen aus El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua haben sich regional vernetzt und unterstützen von Extraktivismus betroffene Gemeinden durch Rechtsberatung. Sie fordern von der Politik eine nachhaltige Wirtschaft, die Mensch und Natur gleichermaßen achtet. In einem offenen Brief haben sie kürzlich die EU aufgefordert, ein EU-weites Lieferkettengesetz mit starken Umweltrechten zu verabschieden.

Mit Ihrer Spende stärken Sie den Einsatz für eine alternative Wirtschaft.

Stichwort
«GERECHTE WIRTSCHAFT»



Kapitalismuskritischer Gegenwind aus Lateinamerika

Texte von Larissa Jäger, Merle Kampeter, Joana Eink und Christian Wimberger (CIR)

GUATEMALA Genossenschaftlich und gemeinwohl-orientiert

Das kapitalistische System beruht oftmals auf Ausgrenzung. In Guatemala trifft das insbesondere die indigene Bevölkerung auf dem Land. Die CIR-Partnerorganisation MTC (Movimiento de Trabajadores Campesinos) wehrt sich gegen die Marginalisierung: Den Prinzipien der Sozial- und Solidarökonomie folgend bietet sie Workshops und Ausbildungen für Jugendliche an. Neben der Aneignung praktischer, beruflicher Fähigkeiten wie dem Back- und Webhandwerk lernen die Jugendlichen die solidarische Ökonomie und das genossenschaftliche Konzept kennen. So entstehen kooperative Kleinbetriebe und Netzwerke und eine echte Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Land.

„Kollektive Selbstverwaltung halten wir für ein äußerst wirksames Mittel, um sozialen und wirtschaftlichen Wandel vor Ort zu schaffen“, so das Team von MTC.

MEXIKO-CITY Ökologischer Stadt-Umbau

Ehemals als schmutzigste Stadt der Welt betitelt, soll Mexiko-City mit Hilfe des „Plan Verde“ (Grüner Plan) bestehend aus steuerlichen Anreizen, Pädagogik und neuen Gesetzen bis 2030 zu einer nachhaltige(re)n Stadt werden. Konkret bedeutet das: Kostenlose Leihräder, neue Fahrradspuren und Fahrradschulen in der Stadt. Auch für mehr Grünflächen wird gesorgt: Die Dächer der Stadt bieten Millionen Quadratmeter Freifläche für „azoteas verdes“ (grüne Dächer). Die bepflanzten Dächer sollen die Luft kühlen, Sauerstoff liefern und Schadstoffe filtern. Gleichzeitig dienen sie den Hausbewohner*innen als Anbaufläche für Gemüse, Früchte und Gewürze.

>



GUATEMALA

Gegen die Kommerzialisierung des Lebens

Die Frauenvereinigung AFEDES in Guatemala wehrt sich gegen die kommerzielle Ausbeutung der Maya-Traditionen. Dazu gehört das Plagiat der typischen Maya-Textildesigns durch Unternehmen, welches nach und nach die handwerkliche

Textilkunst der indigenen Bevölkerung tötet. Die Frauen beschreiben ihr Selbstverständnis wie folgt: „Wir leisten Widerstand und halten trotz Rassismus und Völkermord an unserer eigenen Lebensweise und Weltanschauung fest. Wir weigern uns, uns einem westlichen, kapitalistischen und konsumorientierten Wirtschaftssystem zu unterwerfen, das entwürdigt und unterdrückt. Wir weben unsere eigenen Kleider und verteidigen damit unser Leben und unsere Würde“.

EL SALVADOR

Wasser ist keine Ware

Das kapitalistische System kommerzialisiert immer mehr Güter, welche der Grundversorgung der Bevölkerung dienen. Ein aktuelles Beispiel: Im Dezember 2021 verabschiedete das vom Präsidenten Nayib Bukele kontrollierte Parlament in El Salvador das umstrittene „Wasserressourcengesetz“. Es ermöglicht Unternehmen, Wasservorkommen zu privatisieren und daraus Gewinne zu erwirtschaften. Widerstand kommt von mehr als 2.300 lokalen Wassergenossenschaften: Sie organisieren die Wasserversorgung genossenschaftlich und garantieren so den Gemeindemitgliedern ihr Menschenrecht auf Wasser. „Die Genossenschaften stehen für eine neue Erzählung, in der Teilhabe und der Schutz der Gemeingüter im Vordergrund stehen“, sagt Pedro Cabezas von der CIR-Partnerorganisation CRIPDES.



EL SALVADOR Kredite für alle

Die Zinssätze im traditionellen kapitalistischen Bankwesen stellen für viele finanzschwache Menschen, insbesondere auf dem Land, eine unüberwindbare Hürde dar. Der Zugang zu Krediten bleibt ihnen damit verwehrt. Die Spar- und Kreditgenossenschaft, die von der CIR-Partnerorganisation CORDES gegründet wurde, setzt einen Gegenpol: mit niedrigen Zinssätzen, einer autonomen Struktur sowie einem inklusiven Mitgliedersystem. Die ACACRESCO deckt mehr als 8.000 Familien in 30 Gemeinden von Chalatenango ab und hat derzeit als Genossenschaft etwa 1.600 Mitglieder, die von 10 Kreditlinien profitieren. Das Bildungssystem der Kreditförderung und der Genossenschaft ist nicht nur auf die traditionelle, sondern auch auf eine umweltfreundliche Produktion ausgerichtet.

SÜDAMERIKA Buen Vivir – Vision eines vollkommenen Lebens

Übersetzt bedeutet „buen vivir“ gutes Leben. Sinngemäß ist die Vision, die auf die indigene Bevölkerung in Südamerika zurückgeht, jedoch eher als „vollkommenes Leben“ zu beschreiben. Im Gegensatz zum kapitalistischen Wachstumszwang verfolgt das „buen vivir“ den Gedanken des nachhaltigen Zusammenlebens und eines Gleichgewichts, in dem Grundbedürfnisse befriedigt und würdiges Leben möglich sind. Im Mittelpunkt stehen Mensch und Natur, deren Rechte gleichermaßen geachtet werden.

BRASILIEN Gelebte Agrarökologie

In der für die Kaffeeindustrie strategisch wichtigen Region Campo do Meio bildet die „Camponesa“-Kooperative seit 2012 ein Gegenmodell zum vorherrschenden monokulturellen Kaffeeanbau. Ihr Ziel: Kleinbäuerinnen und -bauern bei der Produktion und Vermarktung von nachhaltigen und fair produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu unterstützen und sich damit auch für eine Landreform einzusetzen. Die Kooperative hat ihre eigene Kaffeemarke „Guai“ gegründet, verkauft aber auch Bohnen, Mais, Erdnüsse, Obst und Gemüse. Bei monatlichen Treffen diskutiert sie mit ihren Mitgliedern agrarökologische Anbautechniken, Herausforderungen in der Produktion und Marktstrategien.

Honduras

#TenemosPresidenta (Wir haben eine Präsidentin)

Mit diesem Hashtag haben Frauenorganisationen wie das CDM (Centro de Derechos de Mujeres) die Amtsübernahme von Xiomara Castro in Honduras begleitet. Trotz schwierigster Machtverhältnisse im Land besteht nun ein Funken Hoffnung, dass Frauenrechte auf die politische Tagesordnung kommen. Seit Ende 2021 ist das CDM mit fünf Organisationen in vier Ländern Mittelamerikas über ein Regionalprojekt vernetzt, um in den nächsten drei Jahren neue Strategien zu entwickeln, die Frauen in Mittelamerika besser vor Gewalt schützen. Eine echte Herausforderung angesichts fundamentalistisch geprägter Gesellschaften, autoritärer Regierungen, krimineller Gewalt und de facto Straffreiheit bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Das CDM wird dennoch gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partner*innen einen neuen Versuch unternehmen, den seit Jahren vorliegenden Gesetzentwurf gegen Gewalt an Frauen endlich ins Parlament einzubringen. Damit dies gelingt, werden auf lokaler Ebene Daten über sexuelle Gewalt erhoben und



Die Amtsübernahme von Castro ist für Aktivist*innen und Zivilgesellschaft ein Grund zur Freude.

Aktivistinnen geschult, derartige Rechtsverletzungen zu dokumentieren und dabei zu prüfen, wie staatliche oder städtische Behörden damit umgehen.

Unterstützen Sie mit Ihrer Spende den „Funken Hoffnung“ der Aktivistinnen und des CDM bei dieser wichtigen Arbeit!

Stichwort «CDM»

Grundsätze unserer Projektarbeit

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- globale Klimagerechtigkeit und Klimaschutz
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

Guatemala

Druck auf internationale Modemarken

Während der Corona-Pandemie stehen die Arbeiter*innen in der guatemaltekischen Region Chimaltenango, die für internationale Modemarken Bekleidung nähen, stark unter Druck. Viele Fabriken haben Arbeiter*innen gesetzeswidrig entlassen oder beuten sie noch stärker aus.

Die Arbeitsrechtsorganisation CEADEL fordert die Modemarken auf, die Rechte der Arbeiter*innen zu achten. 2020 erreichte CEADEL, dass mehrere US-amerikanische Bekleidungsunternehmen entlassenen Arbeiter*innen Entschädigungen zahlten. Um solche Erfolge zu erzielen, muss die Organisation zuerst die Auftraggeber*innen der Fabriken identifizieren. Dafür befragt CEADEL aktuell die Arbeiter*innen und bietet ihnen gleichzeitig Rechtsberatung an.

Unterstützen Sie diese wichtige Beratungs- und Kampagnenarbeit von CEADEL.

El Salvador

Glaube und Gerechtigkeit

Am 22.01.2022 wurde der salvadorianische Priester Rutilio Grande seliggesprochen. Er war 1977 auf dem Weg zu einem Gottesdienst mit Maschinengewehrsalven ermordet worden. Der Jesuit trat kompromisslos für die Armen und gegen das schreiende Unrecht in El Salvador ein. Seine Ermordung war ein Schlüsselmoment im Leben von Bischof Romero und förderte dessen Positionierung an der Seite des geschundenen Volkes.

FUNDAHMER, die Vereinigung von Basisgemeinden El Salvadors, informiert in einer Bildungsreihe, in Workshops in den Gemeinden und in Gottesdiensten über das Leben und Wirken Rutilio Grandes, seine Utopien und die Wahrheiten, die auch heute noch gelten und die drohen, in Vergessenheit zu geraten.

Die CIR trägt einen Teil der Kosten und bittet hierfür um Spenden.



Eine Feier von FUNDAHMER rund um die offizielle Veranstaltung zur Seligsprechung Grandes.

Stichwort «CEADEL»

Stichwort «FUNDAHMER»

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

**IHRE
SPENDE
HILFT**

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Oder online unter
www.ci-romero.de/spenden



Xiomara Castro gibt sich zur Amtsübernahme kämpferisch. Sie steht vor großen Herausforderungen.

Honduras

„An der Zeit, aufzuräumen“ Honduras hat eine neue Präsidentin

Kaum wurde das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2021 in Honduras bekannt, tanzten die Menschen ausgelassen auf den Straßen. Padre Ismael Moreno Coto (kurz: Padre Melo), ein Priester, Menschenrechtsverteidiger, Journalist und Direktor des jesuitischen Radiosenders „Radio Progreso“ sagte in seiner Analysesendung, nun sei es „an der Zeit, aufzuräumen und den Schlamms zu beseitigen“. TEXT: KIRSTEN CLODIUS (CIR)

Xiomara Castro von der linksgerichteten Partei LIBRE hat es geschafft. Sie hat die Wahlen mit einem Rekordergebnis gewonnen. Noch nie wurde in Honduras eine Frau zur Präsidentin gewählt und noch nie bekam ein Präsident so viele Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei über 70 Prozent und war damit ebenfalls so hoch wie nie in der Geschichte des Landes. Das sind viele Superlative und möglicherweise gibt es noch mehr, allerdings mit einem Haken: Wie es aussieht wird Castro es auch so schwer haben wie kein Staatsoberhaupt in Honduras vor ihr. Sie hat mit ihrer Partei keine Mehrheit im Kongress und sieht sich einer mächtigen Opposition gegenüber.

Vom Wahlsieg in die Achterbahn

Schon in den ersten Tagen vor ihrer Amtseinführung wurde Castro von eigenen Parteiangehörigen im Stich gelassen. Teil ihrer Wahlallianz mit der Partei PSH (Partido Salvador de Honduras) war die Vereinbarung gewesen, den PSH Abgeordneten Luis Redondo zum Kongressvorsitzenden zu wählen. Abtrünnige Mitglieder aus Castros Partei wählten dann jedoch einen anderen Kandidaten, woraufhin es zu handgreiflichen Tumulten kam, bis der neue Kandidat schließlich aus dem Saal floh und die Sitzung abgebrochen wurde.

Zwei Tage später schließlich wurde Luis Redondo wie vereinbart gewählt, allerdings mit gerade einmal vier Stimmen mehr als sein Kontrahent, der zeitgleich an einem anderen Ort außerhalb der Hauptstadt für sich abstimmen ließ. Diese erste Regierungskrise scheint inzwischen gemeistert. Durch den rigoros vollzogenen Parteiausschluss der Abweichler hat die Regierungspartei LIBRE allerdings wertvolle Sitze im Parlament verloren.

Aufbruchstimmung in einem betrogenen Land

Bei vielen Menschen herrscht eine neue Art der Aufbruchstimmung. Es geht nicht darum, das Land zu verlassen, sondern es zu verändern und die Politik aktiv mitzugestalten. Ein großer Teil der Bevölkerung fühlt sich schon lange um die Demokratie betrogen. Vor allem die jüngere Generation ist nach der illegalen Wiederwahl des Ex-Präsidenten Juan Orlando Hernández im Jahr 2018 stark politisiert. „Wie nach Hurrikans, die das Land verwüsten, muss nun nach zwölf langen Jahren aufgeräumt und der Schlamm beseitigt werden“, schildert Melo die Lage. „Die Frage ist, wie der Prozess zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und zur Abschaffung des politischen Paktes der Straflosigkeit gestaltet werden kann.“

Gilda Rivera vom Frauenrechtszentrum CDM (Centro de Derechos de las Mujeres) macht Mut: „Nach dem überwältigenden Sieg von Xiomara Castro besteht Hoffnung, dass sich die Dinge langsam ändern können, insbesondere was die Achtung der Menschenrechte angeht, und dass Vorschläge der Bevölkerung und der sozialen Bewegungen in der Politik nunmehr berücksichtigt werden. Eine solche Teilhabe war unter der Vorgängerregierung nicht möglich.“

„Wir sehen deutlich, dass Honduras in jüngster Zeit in eine vielschichtige Krise auf

politischer, wirtschaftlicher, sozialer, menschenrechtlicher und rechtlicher Ebene geraten ist“, erklärt CDM Direktorin Rivera. „In diesem Zusammenhang glauben wir, dass es Dinge gibt, die sich jetzt ändern können, dass es Wege gibt, den Wandel in verschiedene Richtungen zu beeinflussen und zum Beispiel feministische Mitstreiter*innen in den Regierungs- und Justizbereich einzubringen, um neue Möglichkeiten zu schaffen.“

>

Große Versprechen und Gesten mit Symbolcharakter

Die neue Präsidentin hat sich viel vorgenommen. Abzuwarten bleibt, wie viel sie mit ihren verheißungsvollen Absichten tatsächlich erreichen kann. Denn wenn es darum geht, alte und verkrustete Machtstrukturen aufzubrechen, Korruption zu bekämpfen, der Strafflosigkeit ein Ende zu bereiten und dem Drogenhandel die Stirn zu bieten, wird schnell klar, dass all das einer Mammutaufgabe gleicht.

„Endlich haben die Wahlen wieder einen Sinn bekommen und der Demokratie gedient, anstatt Autokratie zu festigen wie bei vergangenen Wahlen.“

PADRE MELO

”





„Jetzt ist die Gelegenheit, die sozialen Bewegungen neu zu strukturieren und zu stärken, damit sie ihre Forderungen klar artikulieren.“

GILDA RIVERA



Castro übernimmt einen komplett verschuldeten Staatsapparat, dessen Institutionen von Korruption gezeichnet sind. Die Wirtschaft ist stark geschwächt und es fehlt überall an finanziellen Ressourcen für den dringend benötigten Umbau. Ganz zu schweigen vom Widerstand der alten Eliten und privaten Wirtschaftsmächte, die spätestens dann empfindlich reagieren, wenn es um die Beschneidung ihrer Spielräume geht.

Um ihre Amtszeit erfolgreich zu erfüllen, braucht Xiomara Castro die Legitimierung durch das Volk. Sie weiß, dass die Stimmen vieler Wähler*innen vor allem Stimmen GEGEN die etablierten konservativen Parteien und Ausdruck des Protests gegen den ungeliebten Ex-Präsidenten waren. Sie will mit dem Volk regieren und Mehrheiten respektieren.

Die Zäune, die früher den Weg zum Parlament versperrten, sind abgebaut. Der Zugang hat sich geöffnet. Bei der Vereidigung der Präsidentin waren Indigene und soziale Bewegungen geladen. Castro hat außerdem versprochen, die Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger*innen zu unterbinden. Und tatsächlich könnte die lang ersehnte Freilassung von acht Umweltschützern aus Guapinol Ende Februar 2022, die mehr als 900 Tage zu Unrecht inhaftiert waren, auf ihren Einfluss zurückzuführen sein. Der Fall ist international bekannt und emblematisch für die Kriminalisierung von Menschen, die sich gegen wirtschaftliche Großprojekte einsetzen, um ihre Rechte zu verteidigen und die Umwelt vor Zerstörung zu schützen. ■

Einsatz für den Rechtsstaat

Seit dem Staatsstreich 2009 wurde der Rechtsstaat in Honduras stark ausgehöhlt. Aktivist*innen werden kriminalisiert, während korrupte Eliten Straffreiheit genießen. Unsere Partnerorganisation ERIC setzt sich bei der neuen Regierung für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Justiz ein und erarbeitet dazu politische Stellungnahmen in der zivilgesellschaftlichen Koalition. Im Rahmen eines regionalen Projekts tauscht sich ERIC mit Organisationen in Guatemala, Honduras und Nicaragua über notwendige Reformen im Justizsystem aus. Für die Organisationen steht der Kampf gegen die Korruption im Mittelpunkt

Setzen Sie sich mit Ihrer Spende für Transparenz im honduranischen Justizsystem ein.

Stichwort «RECHTSSTAAT»

Guatemala

„Für uns sind Frieden und Wahrheit lebenswichtig“

Interview mit Rosalina Tuyuc über das 25. Jubiläum des guatemaltekischen Friedensvertrags

INTERVIEW: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)



Am 29. Dezember 2021 jährte sich die Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen der guatemaltekischen Regierung und der linksgerichteten Guerrilla-Vereinigung URNG zum 25. Mal. Der Friedensschluss sollte nicht nur den brutalen, über 36 Jahre andauernden Bürgerkrieg beenden, der mindestens 200.000 Menschen das Leben kostete. Die Konfliktparteien vereinbarten auch, die strukturellen Ursachen des Konfliktes zu beheben. Die Gesellschaft sollte umfassend demokratisiert, die ausgeschlossenen indigenen Bevölkerungsgruppen wirtschaftlich und sozial integriert werden. Schon wenige Jahre nach der Aufbruchstimmung machte sich jedoch Ernüchterung breit. Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik hat sich die soziale Ungleichheit im Land weiter verschärft. Korrupte und autoritäre Eliten haben den Staat fest in der Hand und beuten die Natur rücksichtslos aus.

Für die Hinterbliebenen der getöteten und verschwundenen Menschen bleibt der Friedensvertrag aber dennoch ein zentraler Bezugspunkt für ihre politischen Forderungen. Rosalina Tuyuc von der CIR-Partnerorganisation CONAVIGUA ist eine der bekanntesten Menschenrechtsaktivist*innen Guatemalas. Sie blickt auf eine leidvolle Geschichte zurück: Zu Beginn der 1980er Jahre wurden ihr Vater und ihr Ehemann von der guatemaltekischen Armee entführt und ermordet. Noch während des Krieges gründete sie die Nationale Witwenkoordination CONAVIGUA. In den 2000er Jahren beteiligte sich die mit mehreren Preisen ausgezeichnete Aktivistin an der Nationalen Wiedergutmachungskommission.

Wir sprachen mit Rosalina über die Bedeutung des Friedensvertrags, die aktuellen politischen Herausforderungen in Guatemala und über ihre Hoffnungen. ➤



Friedensarbeit:
In öffentlichen Aktionen wie hier links bei einer Veranstaltung zum Gedenken an ermordete Frauen und rechts bei einer Demonstration für ein gewaltfreies Leben für Frauen engagiert sich CONAVIGUA seit Jahrzehnten für Frieden in Guatemala.

Kürzlich feierte der Friedensvertrag sein 25. Jubiläum. Welche Bedeutung hat er für dich?

„ Vor 25 Jahren wurde der dauerhafte Frieden vereinbart. Außerdem haben die Konfliktparteien Abkommen über Menschenrechte, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, die Aufklärung der Verbrechen sowie über die Identität und Rechte der indigenen Völker geschlossen.

Für mich steht damit eine schmerzhafteste Geschichte in Verbindung, voll von Menschenrechtsverletzungen. Diese Geschichte wurde mit dem Blut unserer verhafteten und verschwundenen Familienmitglieder, der Gefolterten und Getöteten, aber auch der Tausenden vergewaltigten Frauen geschrieben. Die Umsetzung des Friedensvertrags ist unsere permanente Arbeit und wird es auch immer sein. Als Frauen, die den Genozid überlebten, hoffen wir, dass die Erinnerung an unsere Toten und der Beitrag der Frauen zu Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit gewürdigt werden.

Wie hat die Bevölkerung das Jubiläum wahrgenommen?

„ Die allgemeine Bevölkerung erinnert sich nicht an das Friedensabkommen. Aber als organisierte Zivilgesellschaft fordern wir weiterhin politisches Engagement, damit der Staat seine Versprechen einlöst. Wir for-



dern, dass die vergewaltigten Frauen Zugang zu Gerichten bekommen und die Verbrechen des Völkermords aufgeklärt werden.

Wie konnte damals der Bürgerkrieg beendet werden?

„ Es gab damals günstige Bedingungen für den Dialog. Die internationale Gemeinschaft öffnete sich und begleitete die Verhandlungen. Die Waffen zum Schweigen zu bringen, war aber nicht einfach. Es gab und gibt immer noch verborgene Mächte, die kein Interesse am Frieden haben. Es handelt sich um die Eliten der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht. Aber für uns sind der Frieden und die Wahrheit lebenswichtige Instrumente, um Gerechtigkeit zu erreichen.

Was waren die wichtigsten Themen des Friedensvertrags?

„ Besonders wichtig waren Übereinkünfte über die Anerkennung der Wahrheit der Opfer, der sozio-ökonomische Teil, das Abkommen über die Identität und die Rechte der indigenen Bevölkerungsgruppen und über die Rolle der Armee in einer demo-



Rosalina Tuyuc (links im linken Bild) ist in Guatemala für ihren Einsatz für Menschenrechte bekannt. Auch wegen der regelmäßigen Präsenz auf den Straßen.



kratischen Gesellschaft. Leider wurden in wichtigen Handlungsfeldern auch 25 Jahre danach keine Fortschritte erzielt. Wir warten weiterhin auf die Reform des Justizsystems, des Wahlgesetzes, der Verfassung und des Steuersystems. Das sind die zentralen Bereiche, in denen der strukturelle Rassismus, das Patriarchat und der Ausschluss der indigenen Bevölkerung sowie der armen Mestiz*innen bekämpft werden müssten.

Nur aufgrund des Drucks und der Mobilisierung der Frauen, Indigenen und Bäuerinnen und Bauern wurden einige Teile des Friedensvertrags umgesetzt. Der Großteil ist immer noch offen, da die wirtschaftlichen und politischen Eliten mittels Korruption und Straffreiheit nach so vielen Jahren immer noch den Staat kontrollieren.

Was müsste passieren, damit die großen Herausforderungen des Landes angegangen werden?

Die verschiedenen progressiven Kräfte, die soziale Bewegungen, Akademiker*innen und die linken Parteien müssten gemeinsam daran arbeiten, politische Änderungen herbeizuführen. Außerdem braucht es entschiedene Akteur*innen in der internationalen Gemeinschaft, die den Kampf um Wahrheit, Gerechtigkeit und die Menschenrechte der Indigenen proaktiv begleiten. Es braucht einen Akteur, der die Einhaltung der Gesetze überwacht. Wir als indigene Bevöl-

kerungsgruppen werden weiterhin die Mutter Erde, die Territorien und die natürlichen Güter verteidigen. Dabei knüpfen wir an das Wissen unserer Ahnen an.

Das Unrecht darf nicht vergessen werden!

Die CIR unterstützt Rosalina Tuyucs Organisation CONAVIGUA (Nationale Koordination der Witwen) seit Jahren bei der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen des Bürgerkriegs. Die Organisation führt Erinnerungszereemonien für die hinterbliebenen Frauen durch und verhindert so, dass die Verbrechen vergessen werden. Außerdem setzt sich CONAVIGUA bei der Regierung dafür ein, dass die Frauen entschädigt und die Täter strafrechtlich verfolgt werden. Dafür bietet die Organisation Rechtsberatung an. In regelmäßigen Radio-sendungen sensibilisiert CONAVIGUA die Bevölkerung über den Kampf der Frauen für Gerechtigkeit und fordert politische Reformen zur Bekämpfung der Armut.

Mit Ihrer Spende können Sie einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung leisten.

Stichwort «CONAVIGUA»

Wirbelstürme Eta und Iota verwüsteten 2020 weite Teile Mittelamerikas. Die Schäden sind auch Anfang 2022 längst nicht behoben.



WELTKLIMAKONFERENZ: Die Interessen der lokalen Bevölkerung werden ignoriert

Im Oktober und November 2021 fand in Glasgow die 26. Weltklimakonferenz (COP26) statt. Mit dabei: die CIR-Partnerorganisationen CDH aus Honduras, UNES aus El Salvador sowie das nicaraguanische Centro Humboldt, eine der führenden Organisationen aus Mittelamerika im Kampf um mehr Klimagerechtigkeit auf der internationalen Bühne. Ihre Bilanz fällt ernüchternd aus. TEXT: THORSTEN MOLL (CIR)

Lange im Vorfeld der 26. Weltklimakonferenz fanden Klimakonferenzen auf lokaler und regionaler Ebene in Mittelamerika statt: an- und durchgeführt von wichtigen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, die in einem von der CIR geförderten Programm zur Anpassung an den Klimawandel zusammenarbeiten. Basierend auf den lokalen Realitäten und Bedürfnissen wurden so auf partizipative Weise Forderungen an die internationale Gemeinschaft erarbeitet und ein Positionspapier erstellt.

Diese Positionen wurden dann von CDH, UNES und dem Centro Humboldt auf der Weltklimakonferenz vertreten.

MENSCHENWÜRDIGES LEBEN FÜR VIELE NICHT MEHR MÖGLICH

Hintergrund für diesen umfassenden und integrativen Ansatz ist die Dringlichkeit, die insbesondere auf lokaler Ebene herrscht. Im zentralamerikanischen Trockenkorridor kommt es seit Jahren zu Ernteverlusten infolge

von Extremwetterereignissen wie langen Dürreperioden und Starkniederschlägen. Im ersten Halbjahr 2021 führten diese in Nicaragua zu Ernteausfällen von 50 bis teilweise 100 Prozent der Mais- und Bohnenernte. In ihrer Abschlusserklärung zum „12. Forum Vulnerables Zentralamerika“ bekräftigten die teilnehmenden Organisationen, dass die Auswirkungen der Klimaerhitzung ein menschenwürdiges Leben für viele Mittelamerikaner*innen und insbesondere für die vulnerabelsten Gruppen unmöglich machen.

Dass die Ergebnisse der vergangenen Weltklimakonferenz in Glasgow allerdings wenig Hoffnung auf Besserung machen, hob Alejandro Alemán vom Centro Humboldt auf einer Online-Konferenz zur Bilanzierung der COP26 hervor. Zu schwach waren die Resultate hinsichtlich zentraler Kritikpunkte, die von der Zivilgesellschaft im Vorfeld geäußert wurden. Hierzu gehören die wenig ambitionierten Ziele zur Reduktion von CO₂-Emissionen, die ausbleibende finanzielle Unterstützung der Länder des Südens beim Umgang mit den Folgen der Klimaerhitzung sowie die fehlenden Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Teilhabe.

UNZUREICHENDE BEMÜHUNGEN DES GLOBALEN NORDENS

Nach wie vor sind die Bemühungen zur CO₂-Reduktion unzureichend, die in den national festgelegten Beiträgen der Länder, die das Paris-Abkommen unterzeichnet haben, definiert sind. Laut Weltklimarat IPCC befand sich die Welt vor der Konferenz in Glasgow auf Kurs zu einer Erderhitzung von 2,7 Grad Celsius. Legt man die Ankündigungen von der COP26 zugrunde, kommt man auf 2,4 Grad Celsius – im besten Falle. Um das 1,5-Grad-Ziel, das im Paris-Abkommen definiert wurde, überhaupt in Reichweite zu halten, ist es laut Alejandro Alemán vom

Centro Humboldt dementsprechend „essenziell, dass die national festgelegten Beiträge vor der COP27 signifikant verbessert werden“. Gleichzeitig betont er: „Eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur von 2,4 bis 2,7 Grad Celsius würde für bestimmte Bereiche des Trockenkorridors von Zentralamerika eine Erhöhung von 4 bis 5 Grad Celsius bedeuten“. Und das in einer Region, die bereits jetzt stark unter den Auswirkungen der Klimaerhitzung leidet.

Angesichts dieses Bedrohungsszenarios appellieren die Länder des Globalen Südens schon seit Jahren an die Länder des Nordens, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die am stärksten von der Klimakrise betroffenen Länder und Gruppen für klimabedingte



Klimabedingte Ernteschäden und -ausfälle belasten die Kleinproduzent*innen zunehmend.

Schäden und Verluste zu entschädigen. Doch auch dazu bewegte sich auf der COP26 wenig. Zwar erkennt die Abschlusserklärung der Weltklimakonferenz die Relevanz des Themas an. Ohne die entsprechenden Maßnahmen bleiben solche Aussagen allerdings bedeutungslos. Eine wirkliche Bereitschaft lässt sich nach wie vor nicht erkennen. Vielmehr sind die Länder des Nordens bei ihrer Blockadehaltung geblieben.





Die größten Blockierer sind die USA, die sich weiterhin klar gegen Entschädigungszahlungen positionieren. „Vor allem bei der Frage der Verluste und Schäden hat die Regierung von Biden die Haltung der Trump-Regierung nicht verändert“, sagt Alejandro Alemán. Und Deutschland und die EU? „Die“, sagt er, „verstecken sich hinter den USA und haben sich zu ihrem stillen Komplizen gemacht. Die Chance war da, als Schottland das Eis gebrochen und einen symbolischen Fond für Schäden und Verluste eingerichtet hat. Wenn die EU gewollt hätte, wäre das eine Möglichkeit gewesen, Zusagen zu machen.“ Doch diese blieben aus.

„DIE SCHLIMMSTE ALLER KONFERENZEN“

Laut Alejandro Alemán vom Centro Humboldt sind die Ergebnisse der COP26 „ein Resultat der schwachen Partizipation der Zivilgesellschaft.“ In dieser Hinsicht war es „die schlimmste aller Weltklimakonferenzen“. Die Auswirkungen der Pandemie wurden als Vorwand genutzt, um die Teilnahme aus dem Globalen Süden zu begrenzen: In vielen Fällen kamen die Visen nicht rechtzeitig an und es gab sehr strikte Quarantäne-Vorschriften, die mit hohen Kosten für die Unterkunft einhergingen. Während der Konferenz herrschte

zudem wenig Klarheit hinsichtlich der Partizipations-Mechanismen. So blieb den Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zu Beginn nur die Rolle als Beobachter*innen, ohne Zugang zu verantwortlichen Delegationen. Dabei lässt sich die Wichtigkeit der Teilnahme durch die Zivilgesellschaft, welche die Interessen der vulnerablen Gemeinden häufig am besten kennt und vertritt, gar nicht hoch genug einschätzen. Doch ihr Einfluss schwindet zunehmend, während, laut Alemán, die starke Lobby von Großkonzernen wie BP, Gazprom oder Shell das Entscheidungspapier zur COP26 deutlich beeinflusst. ■

Klimagerechtigkeit lokal und international...

... Das ist das Ziel des Centro Humboldt. Die nicaraguanische Organisation ist ein wichtiger Akteur in der Zivilgesellschaft: In Netzwerken wie dem ‚Forum Vulnerables Zentralamerika‘ oder dem ‚Climate Action Network‘ nimmt sie eine zentrale Rolle ein und vertritt auf den Weltklimakonferenzen der Vereinten Nationen die Position dieser Netzwerke sowie der von der Klimakrise betroffenen Gemeinden in Lateinamerika. Außerdem engagiert sich das Centro auch ganz konkret vor Ort: In Zusammenarbeit mit den Gemeinden werden Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaerhitzung umgesetzt. Dazu zählt u.a. ein Klimamonitoring, welches den Menschen hilft, den richtigen Zeitpunkt für die Aussaat ihrer Grundnahrungsmittel zu finden und eine gute Ernte zu erreichen.

Tragen Sie mit Ihrer Spende zu mehr Gerechtigkeit in der Bekämpfung der Klimakrise bei.

Stichwort «CENTRO HUMBOLDT»

Die Gründungsveranstaltung des Bündnisses im Oktober 2014. Von Anfang an mit dabei: die CIR vertreten von Sandra Dusch Silva (mittig in hellblauer Bluse).



Gründungsakt
Bündnis für Nachhaltige Textilien
Berlin, 16. Oktober 2014

Infodienst

Fast Fashion



DIE CIR TRITT AUS DEM TEXTILBÜNDNIS AUS

Ein Schritt, der schmerzt, aber längst überfällig ist

Nach sieben Jahren intensiver Mitarbeit verlässt die CIR das Bündnis für nachhaltige Textilien. Die Arbeitsergebnisse sind ernüchternd und die Fortschritte ungenügend – so die Bilanz am Ende des gemeinsamen Weges. TEXT: SANDRA DUSCH SILVA (CIR)

Das Bündnis für nachhaltige Textilien wurde im Oktober 2014 als Reaktion auf tödliche Unfälle in Textilfabriken in Bangladesch und Pakistan vom damaligen Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller gegründet, um die Bedingungen in der weltweiten Textilproduktion zu verbessern. Die CIR engagierte sich mit hohen personellen Ressourcen über Jahre in diesem Bündnis. Doch der mangelnde Einsatz der Mitgliedsunternehmen entsprach nicht den Erwartungen, mit denen die CIR seinerzeit beigetreten war.

Einige Unternehmen z.B. unterzeichneten das Folgeabkommen des Bangladesh-Accord

(International Accord for Health and Safety in the Textile and Garment Industry) nur zögerlich. Es ist ein wirksames Instrument für Verbesserungen im Bereich Gebäudesicherheit in Bangladesch und es zu unterzeichnen, sollte für die Mitgliedsunternehmen eine Selbstverständlichkeit sein.

KEIN FORTSCHRITT BEI LÖHNEN

Von Beginn an waren existenzsichernde Löhne eines der Kernziele der CIR im Bündnis. Doch erst nach Jahren hat sich eine Bündnisinitiative zum Thema gegründet: das Living-Wage-Lab. An dieser Bündnisinitiative ➤



nehmen von den 70 Mitgliedsunternehmen nur zwölf teil. Namhafte Mitglieder, darunter Adidas, C&A, Primark und Puma engagieren sich nicht in der Initiative. Jüngst wurden in Indien und Pakistan regionale Lohnerhöhungen nicht gezahlt. Hier zeigt sich deutlich, wie weit selbst Mitgliedsunternehmen noch von der Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten zur Lohnfrage entfernt sind.

Die Lohnfrage hängt eng mit den Einkaufspraktiken von Unternehmen zusammen, z.B. mit der Frage, ob sich notwendige Lohnsteigerungen in den Einkaufspreisen widerspiegeln und das Geschäftsmodell überhaupt so gestaltet ist, dass wirksamer Einfluss auf eine notwendige Anhebung der Löhne genommen werden kann. So trat Aldi Nord bereits nach wenigen Monaten aus der Bündnisinitiative aus, weil der Discounter seine Waren von Agenturen bezieht, die Aufträge für Aktionsware über Ausschreibungen an einen Pool von Zulieferunternehmen vergeben. Für ei-

nen Schritt in Richtung existenzsichernder Löhne, die sich vor allem durch direkte und langfristige Zusammenarbeit mit Zulieferbetrieben realisieren lassen, hätte der Discounter sein Geschäftsmodell verlassen müssen. Dazu war man nicht bereit. Folglich gibt es hier keine Fortschritte in der Lohnfrage.

Im Zuge der Corona-Pandemie haben Bündnis-Unternehmen darüber hinaus ihre Zulieferbetriebe und damit auch die Arbeiter*innen im Stich gelassen. Bestellte und bereits produzierte Waren wurden nicht abgenommen und Bestellungen annulliert. Verantwortung für die Schwächsten in der Pandemie wurde entweder gar nicht oder von manchen erst im Nachgang übernommen. Partnerorganisationen aus den Produktionsländern berichteten von Massenentlassungen und Lohnausfällen.

Das Bündnissekretariat hat eine Liste erstellt, auf der entsprechende Fälle bei Zulieferbetrieben dokumentiert wurden.

Unternehmen können prüfen, ob auch eigene Zulieferbetriebe betroffen sind, und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten. Wichtig ist hierbei, dass die Unternehmen ihre Beschaffungskette hinreichend kennen, was nicht bei allen Mitgliedsunternehmen der Fall ist.

Die Liste war zwar ein positiver Schritt, aber insgesamt blieb der Beschwerdemechanismus hinter den Erwartungen der CIR zurück, insbesondere für die tieferen Lieferketten. Hier wäre eine engere Zusammenarbeit mit ambitionierten und bestehenden Modellen sinnvoll, wie z.B. der Ausbau eines Systems in Kooperation mit der Fair Wear Foundation. Immer noch fokussieren einige Mitgliedsunternehmen Produktzertifizierungen, doch diese reichen nicht aus.

MANGELNDE WIRKSAMKEIT

Für die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten ist der sogenannte Review-Prozess von zentraler Bedeutung. Hierbei setzen die Mitglieder die Anforderungen des Bündnisses individuell um und berichten darüber. Doch es gibt große Unterschiede. Teilweise legen die Unternehmen keinerlei Ziele und Maßnahmen zur Risikominimierung fest, sondern begnügen sich mit Policy-Maßnahmen oder Verbesserungen der Risikoanalyse. Oft wird auch nicht zwischen Zielen und Maßnahmen unterschieden. Überhaupt lässt das Ambitionsniveau sehr oft zu wünschen übrig.

Die Prüfung durchgeführter Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit wird bisher ebenfalls unzureichend thematisiert. Unternehmen verbessern sich von einem Review-Zyklus zum nächsten kaum, da sie den Erfolg der umgesetzten Maßnahmen nicht hinreichend evaluieren. Um z.B. das Risiko der Zahlung nicht existenzsichernder Löhne zu minimieren, müssen Unternehmen Informationen zur

Lohnzahlung im Verhältnis zum gesetzlichen Mindestlohn und dem existenzsichernden Lohn erfassen und dokumentieren. Wenn keine existenzsichernden Löhne in den Zulieferbetrieben gezahlt werden, müssen Maßnahmen zur Lohnanhebung ergriffen werden. Im Review-Prozess sind diese Maßnahmen zu prüfen und nach Evaluation entsprechend ihrer ermittelten Wirksamkeit zu optimieren und anzupassen.



Die vom Textilbündnis bisher beschlossenen Maßnahmen ändern an den Arbeitsbedingungen vor Ort in den Nähfabriken bisher kaum etwas.

FAZIT: KAMPAGNE STATT SCHEINDISKUSSION

Bei den Kernthemen existenzsichernde Löhne, Einkaufspraktiken, die die Umwelt und die Menschenrechte achten, sowie Lieferketten-transparenz müssen spürbare Verbesserungen vor Ort erzielt und von jedem einzelnen Mitgliedsunternehmen nachgewiesen werden. Das ist dem Textilbündnis in den sieben Jahren seit seiner Gründung nicht gelungen. Die CIR hat nun Bilanz gezogen und will, anstatt sich an zähen Scheindiskussionen zu beteiligen, ihre Arbeitszeit nutzen, um Druck von außen zu machen und den Stimmen der Näher*innen Gehör zu verschaffen. ■

Neu im Team

Am Anfang eines neuen Jahres gleichen die Monate den (fast) unbeschriebenen Seiten eines Kalenders. Wir haben uns große Ziele gesetzt und bereits eine Reihe von Herausforderungen gesichtet. Lange- weile wird nicht aufkommen. Voller Elan sind wir ins Jahr 2022 ge- startet – mit großer Wertschätzung füreinander und mit viel Arbeit, die wir trotz Distanz gemeinsam meistern.

Dabei können wir auf weitere Unterstüt- zung zählen: Wir freuen uns, **Alejandra Castro de Klede** (1) im Team zu begrüßen, die als Referentin den Auslandsbereich stärkt.

Als neue Volontär*innen heißen wir **Katharina Paar** (2) im Team Ausland herzlich

willkommen und im Inlandsbereich für die Themen Saubere Kleidung, Systemwandel und Lieferkettengesetz **Helen Strauss** (3) und **Anderson Sandoval Rodriguez** (4), der in der europäischen Kampagne Our Food. Our Future mitarbeiten wird.



FOTO: CIR

IN EIGENER SACHE

WICHTIG: Seit Januar 2020 erhalten Sie für alle Ihre Spenden eines Kalenderjahres nur eine Zuwendungsbestätigung (sog. Sammelbestätigung), und zwar im Januar des Folgejahres. Sollten Sie eine frühere Zusendung wünschen, reicht ein kurzer Hinweis an Maria Wilmer (**E-Mail: wilmer@ci-romero.de, Tel.: 0251/674413-31**). Wir freuen uns auf Ihren Anruf und helfen bei allen Fragen rund ums Spenden gern weiter!

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- ☐ einmalig ☐ monatlich
☐ 1/4 jährlich ☐ 1/2 jährlich ☐ jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- ☐ Projektarbeit ☐ Fördermitgliedschaft
☐ Öffentlichkeitsarbeit

IBAN / Konto-Nr.

BIC / BLZ

Bank

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Last- schrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch mit dem Smartphone abfotografieren und per E-Mail senden an shop@ci-romero.org

Unser Kurzfilm «Klima der Zukunft? Wetterextreme in Mittelamerika» kann in deutscher und spanischer Version online kostenlos heruntergeladen werden: www.ci-romero.de/bestellen

NEU!

beliebend

Christliche Initiative Romero	EURO	EXPL.
presente 1/2022 (vorliegend)		
CIR-Spendenbox	gratis	
Faltblatt: Gemeinsam Dinge bewegen. CIR-Fördermitgliedschaft		
Infoblatt: Oscar Romeros Bedeutung heute – 40 Jahre nach seinem Todestag	gegen Porto	
Dossier: Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika		
Faire öffentliche Beschaffung		
Factsheet: Lebensmittel beschaffen: So wird's fair O-SAFT ☐ KAFFEE ☐ FLEISCH(Soja) ☐ BANANEN ☐	gegen Porto	
Faltblatt: Für faire Dienstbekleidung in Kommunen!		
Faltblatt: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht!	gegen Porto	
Studie: Blick über den Tellerrand Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln am Beispiel Berlin		
Öko-fairer kirchlicher Einkauf		
Aktionspostkarte: Gute Arbeit hier und dort – Kirchliche Mitarbeitervertretungen	gegen Porto	
Faltblatt: Das öko-faire Gotteshaus		
Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche?		
Kleidung		
Broschüre: Moral im Abseits - Profite gegen Menschenrechte: das kalkulierte Foulspiel der Sportindustrie	4,00	
Dossier: Fast Fashion Eine Bilanz in drei Teilen	5,00	
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für Multiplikator*innen	7,00	
Foto-Posterserie zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster in DIN A1)	20,00	
Faltblatt: #Where's the change? zu Fast Fashion		
Aktionspostkarte: Ich möchte die ganze Rechnung sehen!	gegen Porto	
Infoblatt: Was kann ich tun?		
Rohstoffe		
Broschüre: 12 Argumente für eine Rohstoffwende	gegen Porto	
Faltblatt: Schöner Schein... Kann man Gold „ethisch“ konsumieren?		
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Banken und Bergbau		
Klimagerechtigkeit		
Broschüre: Wo soll die Reise hingehen? Klimagerechte Zukunft oder zerstörerische Katastrophe	gegen Porto	
Brettspiel: Terra Futura. Spielerisch Klimaschutz lernen, ab 12 Jahre	7,00	
Hintergrund- und Positionspapier: Die Folgen des Klimawandels in Mittelamerika und Forderungen der Zivilgesellschaft für mehr Klimagerechtigkeit.	nur digital zum download	

Systemwandel	EURO	EXPL.
Leporello/Faltbühllein: So schön kann Zukunft sein – Wirtschaft neu denken.	gegen Porto	
Initiative Lieferkettengesetz		
Infopaket Lieferkettengesetz: je ein Beispiexemplar aller Publikationen		
Kampagnenflyer	gegen Porto	
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Schluss mit Freiwilligkeit (Okt. 2020)		
Argumentationsleitfaden zum Lieferkettengesetz		
Kritischer Konsum		
Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Neuaufgabe 2021)	2,00	
Quick Check zum Wegweiser (Neuaufgabe 2021): Die kleine Übersicht fürs Portemonnaie		
Infoblatt: Ein Wegweiser durch das Label-Labyrinth Infos zum Wegweiser und zu Labelchecker.de	gegen Porto	
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Arbeitsrechte in der Spielwarenindustrie		
Prospekt-Persiflage (Adbust): Was hinter Schnäppchen steckt	LIDL ☐ KIK ☐ EDEKA ☐	
Supermärkte und Lebensmittel		
Faire Umhängetasche aus recycelten Lebensmittel-Verpackungen von mai vietnamese handicrafts DIN A4, BLAU ☐ ORANGE ☐ GRÜN ☐	5,00	
Kochbuch: Gutes Essen für Alle Rezepte plus Hintergrundinfos aus Brasilien und Mittelamerika	2,00	
Sticker-Postkarte: Geschmacklose Zutaten		
Faltblatt: 25 Tipps für ethisches Essen. Was kann ich tun?	gegen Porto	
Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild		
Broschüre: Der Wandel. Schattenseiten & Lichtblicke in der Orangensafterstellung		
Werkmappe: Arbeitsrechte? Nicht die Bohne! Billiger Kaffee made in Honduras	4,00	
Studie: Ausgepresst. Hinter den Kulissen der Saftindustrie	4,00	
Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen + 10 Methodenblättern, der „Werkmappe Supermärkte“, vielen Aktionsmaterialien	10,00	
Wander-Ausstellung: Lebenswelten. Arbeiter*innen entlang der O-Saft-Lieferkette (20 DIN A2 Plakate) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/ Telefon)		

Noch einfacher: Online bestellen unter www.ci-romero.de/bestellen



Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster

Telefon 0251 - 67 44 13 - 0
Fax 0251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Name / Organisation

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Datum

Unterschrift

☐ Bitte schicken Sie mir den **E-Mail-Newsletter** der CIR zu.

MORAL IM ABSEITS

Profite in der Sportindustrie auf Kosten von Menschenrechten

Die diesjährige **Fußball-Weltmeisterschaft in Katar** ist der traurige Höhepunkt eines Systems, das mit Sport und Fairness nicht mehr viel zu tun hat. Korruption, Menschenrechtsverstöße, sklavenähnliche Arbeitsbedingungen — so lautet die Kritik.

Längst gibt es Boykottaufrufe von Vereinen, Fans, Aktivist*innen und Sponsor*innen. Gleichzeitig beteuern Fußballfunktionäre wie Karl-Heinz Rummenigge und Herbert Hainer (ehemaliger Adidas-Vorsitzender, heute Präsident des FC Bayern), dass erst der Fußball die Aufmerksamkeit auf die Menschenrechte gelenkt habe. Dass es im Sommer in Katar zu heiß für eine WM ist, stellten die Funktionäre allerdings erst nach der gewinnbringenden Vergabe fest.

Weiter, höher, schneller

So lautet die Devise beim Sponsoring. Nike und Adidas haben es geschafft, ein hocheffizientes Geschäftsmodell zu entwickeln, das seit Jahren beeindruckend wächst. Fairness zählt dabei wenig. Wo Sportartikel produziert werden, kommt es stattdessen täglich zu Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen.

Die vorwiegend weiblichen Näher*innen werden mit einem Hungerlohn abgespeist oder gingen im Zuge der Stornierungswelle während der Pandemie komplett leer aus.

Um die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten einzuhalten, müsste die Logik des Systems umgedreht werden: die Gewährleistung angemessener Löhne und Arbeitsbedingungen sollte das primäre Ziel sein, nicht die Gewinnmaximierung für die Aktionär*innen. Wir fordern die Marken auf, Verantwortung für ihre Lieferketten zu übernehmen und für ihre Bestellungen zu bezahlen: **#PayUp und stellt sicher, dass die Arbeiter*innen ihren Lohn erhalten! #PayYourWorkers**

Bitte unterstützt uns bei dieser Forderung!

Informationen erhaltet ihr unter

www.ci-romero.de.

Jetzt bestellbar!

Mit der neuen Broschüre **„Moral im Abseits — Profite gegen Menschenrechte: das kalkulierte Foulspiel der Sportindustrie“** schauen wir hinter die Kulissen der glitzernden Fußballwelt. Wir zeigen die Geschichten rund um die Spiele und die jener Menschen, die unter schlimmsten Bedingungen teure Sportartikel für uns nähen. Wir wollen euch informieren und motivieren, selbst aktiv zu werden. In der Broschüre findet ihr dazu einige Ideen und Vorschläge. **Jetzt bestellbar!**

